



Der Energiepreisschock

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der jüngeren Vergangenheit ist wegen der sich erschreckend rasch ausbreitenden Omikron-Variante des Coronavirus die Idee einer allgemeinen Impfpflicht in die politische Diskussion gelangt. Sie wird zurecht als Stresstest der Demokratie empfunden. Mit dem Jahreswechsel ist ein anderer Faktor ins öffentliche Bewusstsein gedrungen, der in gleicher Weise das Zeug zu einem **Stresstest der Demokratie** hat, nämlich die **Entwicklung der Energiepreise**.

Ende Dezember 2021 sind in Deutschland drei **Atomkraftwerke** abgeschaltet worden, die Mitte der 1980er Jahre ihren Betrieb aufgenommen haben: Grundremmingen C an der Donau, Grohnde an der Weser und Brokdorf an der Elbe, die zusammen eine Kapazität von 4.000 Megawatt hatten. Bis Ende 2022 sollen auch die verbliebenen drei Atommeiler Neckarwestheim 2, Isar 2 und Emsland vom Netz gehen. Dann wird die Stromproduktion aus Atomkraft in Deutschland ihr Ende gefunden haben. Und es ist völlig müßig, darüber nachzudenken, diesen Prozess zu verlangsamen oder gar umzukehren. Das ist weder technisch noch wirtschaftlich möglich. Selbst die Betreiberfirmen der Atomkraftwerke wollen das nicht. Dem liegt der parteiübergreifend gefasste Atomausstiegsbeschluss des Deutschen Bundestags vom 30.06.2011 zugrunde, der hierzu ein unwiderrufliches Diktum gesetzt hat.

Man muss sich vor Augen führen, vor welchem Hintergrund sich die aktuelle Entwicklung vollzieht. Unser Nachbarland **Frankreich** deckt 70 % seines Energiebedarfs aus **über 50 Atommeilern** und plant die Errichtung weiterer Anlagen. Weltweit zeigt sich eine gewisse **Renaissance der Atomkraft**. Befeuert durch den technischen Fortschritt mit dem Versprechen kleinerer und sichererer Kraftwerke (SMR) werden in vielen Ländern der Erde neue Atomkraftwerke geplant und gebaut. Schließlich ist unbestreitbar, dass Atomkraftwerke im Vergleich zu Kohle- oder Gaskraftwerken einen sehr niedrigen CO₂-Ausstoß haben.

Dazu passt der jüngst veröffentlichte **Vorschlag der Brüsseler EU-Kommission**, in der vorgesehenen **Taxonomie**, wenn auch unter einschränkenden Voraussetzungen, **sowohl die Atomkraft als auch Erdgas als „grüne“ Energiequellen einzustufen**. Die Einstufung soll eine Empfehlung für Kapitalanleger sein, Geld in nachhaltige und klimaschützende Investments zu stecken. Prompt gab es einen Aufschrei politischer Empörung, nicht nur aus Deutschland, wo der Vorschlag aus Brüssel die Ampel-Koalition spaltet. Während SPD und Liberale eine Förderung von Gaskraftwerken als Übergangstechnologie befürworten, lehnen die Grünen das ab. Einig sind sich alle Parteien darin, dass die Atomkraft wegen der nach wie vor ungelösten Entsorgungsprobleme schwerlich als nachhaltig eingestuft werden kann („Greenwashing“). Darüber ist sicherlich noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Während die Gaskraftwerke politisch immerhin noch umstritten sind, ist der **Ausstieg aus der Verstromung von Stein- und Braunkohle** ebenso wie der Abschied von der Atomkraft politisch längst entschieden, diskutiert wird lediglich die verbleibende Zeitachse. Der Bundestag hatte hier ursprünglich das Jahr 2038 als Enddatum festgesetzt. Nun hat die Ampelkoalition vor wenigen Wochen proklamiert, den Ausstieg aus dem Kohlestrom nach Möglichkeit auf das Jahr 2030 vorzuziehen, natürlich in der bezweifelbaren Erwartung, dass bis dahin der Anteil der Energie aus erneuerbaren

Meschede, Januar/Februar 2022

Quellen (Sonne und Wind) entsprechend hochgefahren sein wird. Diese Quellen haben leider den Nachteil, dass sie nicht **„grundlastfähig“** sind (Die Sonne scheint und der Wind weht eben nicht immer im aktuell benötigten Umfang).

Vor diesem Hintergrund sind die **Energiepreise in Deutschland 2021 stark gestiegen** und belasten Verbraucher und Unternehmen. Das **Verbraucherportal Verivox** hat in einer Studie den Anstieg bei den einzelnen Energiearten analysiert und ist zu folgenden erschreckenden Feststellungen gekommen: Die Einfuhrpreise für Gas haben sich in 2021 verdreifacht. Bei Heizöl hat sich im Jahresverlauf ein Plus von rund 41 % ergeben. Für einen Musterhaushalt mit einem Jahresverbrauch von 4.000 kWh haben sich die Stromkosten auf Jahresbasis um mehr als 18 % erhöht. Eine solche Dynamik bei den Energiepreisen hat es laut Verivox im überschaubaren Zeitrahmen noch nicht gegeben.

Viele Verbraucher haben aus den Ankündigungen ihrer Energieversorger bereits realisiert, was auf sie zukommt, manche stehen ohne Versorgungsvertrag da. Es ist zu erwarten, dass der **„Heizkostenhammer“** im Frühjahr die letzten Illusionen vertreiben wird. Dabei betrifft die Energiepreissteigerung besonders die **Geringverdiener**, die einen relativ hohen Anteil ihres verfügbaren Einkommens für die Grundversorgung ausgeben müssen. Hier ist die Furcht vor einer drohenden **Spaltung der Gesellschaft** wirklich angebracht. Konsequenterweise denkt die Politik bereits über eine Sozialkomponente zur Abfederung des Energiekostenanstiegs nach.

Aber auch die Wirtschaft, insbesondere die Industrie, leidet unter den steigenden Energiekosten. Bekanntlich hatte Deutschland bereits vor der Energiewende die **höchsten Strompreise in ganz Europa**. Und der Strom wird sich zukünftig weiter verteuern, politisch gewollt durch die CO₂-Preise, die seit einem Jahr in den Bereichen Verkehr und Wärme erhoben werden und bis 2025 kräftig steigen sollen. Es sind bereits erste Unternehmen bekannt, die wegen der stark gestiegenen Kosten energieintensive Fertigungsstraßen stilllegen und ins Ausland verlagern. Von dort müssen dann die Produkte mit dem LKW nach Deutschland zurückgekartt werden, ein toller klimapolitischer Effekt!

Ich denke, aus dem Vorstehenden ist deutlich geworden, warum die Folgen der Energiewende einen Stresstest für die Demokratie bewirken können, weil sich viele Bürger die Konsequenzen so nicht vorgestellt haben. Ich tröste mich mit zwei Überlegungen: Erstens ist **Robert Habeck** nicht nur **Minister** für Klimaschutz, sondern auch **für Wirtschaft**. Und aus dieser Verantwortung heraus kann er nicht zulassen, dass die deutsche Industrie unter ausufernden Energiepreisen im internationalen Wettbewerb in die Knie geht. Und zweitens gibt es eine **europäische Strombörse**. Wenn es bei uns eng wird, importieren wir eben im benötigten Umfang französischen Atomstrom.

Ich wünsche Ihnen alles erdenklich Gute für das Jahr 2022. Ihr

Wenn Sie Interesse am Nachlesen der bisher erschienenen Kolumnen haben, finden Sie diese auf unserer Homepage www.dr-rieden.de